

Hessen braucht eine Integrationsoffensive

Humanität ist die menschliche Seite von Demokratie und Rechtsstaat. Eine humane Flüchtlingspolitik ist eine Verpflichtung jedes demokratischen Rechtsstaates. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich – nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen des Nationalsozialismus – durch das Grundgesetz, die Europäische Menschenrechtskonvention und die Genfer Flüchtlingskonvention zur Aufnahme von Schutzsuchenden verpflichtet. Diese Verpflichtung scheint gerade nicht nur in Vergessenheit zu geraten: Sie wird von politischen Verantwortungsträger*innen nahezu aller Parteien auf Bundes- und Länderebene mittlerweile sogar vorsätzlich in Frage gestellt.

Wir protestieren gegen diesen politischen Kanon der Entrechtung.

Wir widersprechen der Behauptung, die Gesellschaft fordere staatliche Repressionen gegenüber Geflüchteten und Migrant*innen. Denn auch wir sind Teil dieser Gesellschaft, nicht laut und schrill, aber mit demselben Anspruch, gehört und vertreten zu werden.

Wir fordern eine verantwortungsvolle Politik, die völker- und menschenrechtliche Verpflichtungen nicht auszuhöhlen sucht, sondern die Menschenwürde und die Rechte aller in unserem Land lebenden Geflüchteten und Migrant*innen schützt, statt sie in Gefahr zu bringen.

Es geht jetzt darum, das menschenrechtlich Gebotene mit dem wirtschaftlich Erforderlichen zusammenzubringen. Deshalb erwarten wir von der künftigen hessischen Landesregierung eine humanitäre und zugleich zukunftsorientierte Migrations- und Flüchtlingspolitik. Eine Politik, die sich nicht von unsachlicher Stimmungsmache leiten lässt, sondern die Chancen von Migration erkennt und stärkt statt sogenannte Migrationskrisen mit herbei zu beschwören.

Wir sind überzeugt: Um seinen Wohlstand auch nur annähernd zu halten und zukunftsfähig zu werden, braucht Hessen deutlich mehr Zuwanderung in den Arbeitsmarkt sowie massive Investitionen in die öffentliche Infrastruktur. Hier leben derzeit nicht etwa zu viele, sondern viel zu wenige Menschen, die für den Arbeitsmarkt gewonnen werden könnten. Gleichzeitig verliert Hessen durch ein behördliches Arbeitsverhinderungssystem viel

zu viele ausbildungs- und arbeitswillige Menschen, die schon hier sind.

Darum ist dreierlei dringend erforderlich:

1. Arbeit und Aufenthalt fördern statt beenden

Weil die aktuelle Fachkräfteeinwanderung bei weitem nicht reicht, um den immensen Arbeitskräftebedarf in Wirtschaft, Sozialwirtschaft und öffentlicher Daseinsvorsorge auch nur annähernd zu decken, müssen dringend alle inländischen Potentiale gehoben werden. Dazu zählen nicht zuletzt in Hessen lebende Migrant*innen und Geflüchtete – auch ausreisepflichtige und geduldete Menschen. Ihnen so schnell, so leicht und so unbürokratisch wie möglich den Zugang zum Arbeitsmarkt und damit zur erfolgreichen gesellschaftlichen Integration zu gewähren, muss das zentrale Element der Migrations- und Integrationspolitik werden. Es ist darum jetzt höchste Zeit für eine „Integrationsoffensive“. Aggressive Verhinderungs- und Ausgrenzungsstrategien schaden allen, den motivierten zugewanderten Menschen genauso wie unserem Gesundheits- und Sozialwesen sowie der Wirtschaft. Monatelanges erzwungenes Nichtstun in der Erstaufnahme oder in neuen sogenannten Rückführungszentren richten enormen Schaden an. Jeder Mensch, der mittun kann und will, wird dringend gebraucht.

Wir können und dürfen es uns nicht länger leisten, auch nur einen oder eine aus politisch-ideologischen Gründen zu verlieren. Oberste Priorität müssen Arbeitsförderung und Aufenthaltssicherung bekommen, nicht Aufenthaltsbeendigung.



2. Anreize stärken und attraktiver werden

Selbst wenn alle Schutzsuchenden und Ausreisepflichtigen inkl. Geduldeten, die bereits heute in Hessen leben, in Arbeit kämen, würde das nur einen kleinen Teil der Arbeitskräftelücken schließen. Wir brauchen also noch deutlich mehr Zuwanderung. Das gilt nicht nur für hoch Qualifizierte, sondern auch für gering Qualifizierte und hier über Ausbildung noch zu Qualifizierende. Um das zu erreichen, muss Hessen attraktiver werden. Mittlerweile zählt Deutschland für Fachkräfte aus dem Ausland zu den unattraktivsten Ländern weltweit (Platz 49 von 53*). Um diesen Trend umzukehren, müssen die tatsächlichen Anreize für Zuwanderung nicht etwa geschwächt, sondern dringend gestärkt werden. Ganz oben auf der Liste dieser Faktoren stehen Demokratie und die Garantie der Menschenrechte. Das bedeutet: Wenn Menschen mit vermeintlich falschem Aufenthaltsstatus in dieser Gesellschaft immer weiter entrechtet und ausgegrenzt werden, wird das vor allem die internationalen Fachkräfte abschrecken, die ihr Zielland frei wählen können. Alle gleichberechtigt zu behandeln und sie so schnell wie möglich zu integrieren, gebieten deshalb nicht nur Menschenwürde und Menschenrechte, es ist auch wirtschaftlich der klügste Weg zu einem zukunftsfähigen Hessen.

3. Öffentliche Infrastruktur ausbauen

Nicht zuletzt braucht Hessen massive Investitionen in den Auf- und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur, in bezahlbares Wohnen, Bildung, Mobilität, Gesundheits-

fürsorge und andere Dimensionen der Daseinsvorsorge. Und das nicht etwa nur für geflüchtete Menschen, sondern für alle und perspektivisch auch für diejenigen, die hoffentlich in erheblicher Zahl noch kommen werden, um zusammen mit uns an einem zukunftsfähigen, demokratischen und an den Menschenrechten orientierten Hessen mitzuarbeiten. Zuwanderung für die Defizite im Bereich der öffentlichen, vor allem der Sozial- und Gesundheitsinfrastruktur verantwortlich zu machen, ist nicht nur sachlich falsch, es ist auch ein Beitrag zur Spaltung der Gesellschaft und zur Förderung von Extremismus. Die Defizite durch entschlossenes Handeln abzustellen, heißt dagegen, die solidarischen Kräfte im Land zu stärken und die Voraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben in einer offenen und zukunftsorientierten Gesellschaft zu schaffen.

Von der nächsten hessischen Landesregierung erwarten wir

deshalb, zusammen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren eine Integrationsoffensive zu starten. Dies bedeutet auch, dass zivilgesellschaftliche Akteure unabhängiger Integrationsarbeit gestärkt werden müssen – auch personell. Wir erwarten, dass die hessische Politik nicht länger gegen Geflüchtete und gegen Haupt- und Ehrenamtliche in der Flüchtlings- und Migrationsarbeit agiert. Vielmehr erwarten wir, dass dieses Land offener, attraktiver, vielfältiger und demokratischer gemacht wird. Um der Menschenrechte und des Wohlstands willen.

28.11.2023

*Expat City Ranking 2023: <https://is.gd/w8y7uD>

Aufruf

**Hessen braucht eine
Integrationsoffensive**

Diakonie 
Hessen

 **DER PARITÄTISCHE**
Hessen

 **DGB**
Deutscher
Gewerkschaftsbund
HessenThüringen

Respekt!
Kein Platz für Rassismus
www.respekt.tv

agah
Landesausländerbeirat
Hessen

**Frankfurter
Rechtshilfekomitee**

PRO ASYL
BUNDESWEITE ARBEITSGEMEINSCHAFT
FÜR FLÜCHTLINGE E.V.

 **hfr**
hessischer
Flüchtlingsrat

 **AWO** | *Kreisverband
Fulda e.V.*

 **AIDSHILFE
HESSEN**

 **verband binationaler
familien und partnerschaften**